Astrid M. Eckert - 26. Februar 2026

Entlegen und verschlafen

Das Zonenrandgebiet

Die alte Bundesrepublik hatte zehn Bundesländer und zwei Sonderzonen: West-Berlin und das »Zonenrandgebiet.« Während das geteilte Berlin bis heute vielen ein Begriff ist, geriet das Zonenrandgebiet, also die Städte und Landkreise entlang der innerdeutschen Grenze, nach der Wiedervereinigung schnell in Vergessenheit. Als räumliche Einheit war das Zonenrandgebiet aufs Engste mit der alten Bundesrepublik verbunden: Es entstand mit der Teilung und verschwand mit der Wiedervereinigung. Es war in vielerlei Hinsicht eine künstliche Region, konstituiert durch die Grenznähe und die tatsächlichen und vermeintlichen wirtschaftlichen Nachteile, die diese geografische Lage mit sich brachte. Im westdeutschen politischen Diskurs firmierte dieses Grenzland deshalb auch vornehmlich als Fördergebiet.

Mit Kriegsende 1945 verschoben sich Deutschlands äußere und innere Grenzen. Demarkationslinien grenzten die militärischen Besatzungszonen der Siegermächte voneinander ab. Da die vier Besatzungsmächte diese Linien nicht einfach als Verwaltungsgrenzen behandelten, sondern sie auch überwachten, kamen sie bald politischen Grenzen gleich und wirkten sich nachteilig auf das Alltags- und Wirtschaftsleben aus. Während die Westzonen 1948 in der »Trizone« aufgingen, blieb die Demarkationslinie zur sowjetisch besetzen Zone (SBZ) bestehen. Obwohl noch unbefestigt, wurde sie von Zeitgenossen als eine bedrohliche Trennlinie wahrgenommen.

Solche Wahrnehmungen fingen nicht nur die eskalierende Konfrontation zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ein, sondern erfassten auch die sozialen Konsequenzen der wirtschaftlichen Entflechtung entlang der Demarkationslinie. Während die Politikgeschichte in der Regel die »Grenzabriegelung« vom Mai 1952 als eine zentrale Wegmarke der deutschen Teilung betont, ist für die Entwicklung eines Grenzlandes der Juni 1948 von zentraler Bedeutung. Denn die Einführung der D-Mark in den Westzonen schuf einen Währungsdualismus, der die Regionen entlang der Demarkationslinie massiv destabilisierte: Schmuggel, Niedriglohnarbeiter und Zuwanderung aus der SBZ nahmen zu und lösten in den westlichen Landkreisen zum Teil heftige Abwehrreaktionen aus. Auf westlicher Seite legte die D-Mark den Grundstein für eine wirtschaftliche Erholung. Die Westdeutschen, die dieses neue Geld ihr Eigen nannten, hatten es fortan nicht mehr nötig, sich auf dem Schwarzmarkt zu versorgen; die bis dahin üblichen Tauschgeschäfte brachen zusammen. Der grenzüberschreitende Schmuggel nahm trotzdem exponentiell zu und wurde nun vorwiegend aus dem Osten betrieben. Allerdings wurde Schmuggel – eben noch eine Überlebenstechnik aller Deutschen in der Trümmergesellschaft – nun als »Schieberei« kriminalisiert und den Ostdeutschen angekreidet.

Die Entflechtung der regionalen Wirtschaft erhielt durch die Berlin-Blockade von 1948/49 einen weiteren Schub. Als Reaktion auf die Einführung der D-Mark blockierten die Sowjets die Versorgung West-Berlins, worauf die Westalliierten mit der Luftbrücke antworteten. Weniger bekannt ist die westalliierte Gegenblockade, die den Austausch sämtlicher Waren über die Demarkationslinie untersagte. Das Wechselspiel von Blockade und Gegenblockade hatte verheerende Auswirkungen auf das Wirtschaftsgeflecht entlang der Demarkationslinie. Schon vor der doppelten Staatsgründung 1949 produzierte die Trennlinie zwischen SBZ und den Westzonen wirtschaftliche, räumliche und soziale Entfremdung. Trotz einer Vielzahl familiärer Verbindungen über die Grenze hinweg trug die Währungsreform erheblich zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Deutschen auf beiden Seiten bei. Die Demarkationslinie war zu einer »D-Mark-ationslinie« (Sagi Schaefer) geworden.

Das östliche Grenzland erhielt im Mai 1952 scharfe Konturen, als DDR-Behörden auf sowjetische Weisung die Demarkationslinie abriegelten und ein militarisiertes Grenzregime einführten: einen 100 Meter tiefen Schutzstreifen und eine 5-Kilometer tiefe Sperrzone, die als Pufferzone zum Hinterland Bestandteil der Grenzbefestigung wurden. Gleichzeitig überzog das Grenzregime die dort lebenden Menschen mit Verhaltensregeln, die politische und soziale Konformität sicherstellen sollten. Gut 8.000 politisch angeblich unzuverlässige Personen wurden aus der Sperrzone ins Landesinnere deportiert, ein Vorgang, der weitere Anwohner in die Flucht trieb. Nach dem Bau der Berliner Mauer kam es zu weiteren Zwangsaussiedlungen, aber die schockartige Einführung des Grenzregimes im Sommer 1952 hatte den Grenzlandbewohnern bereits klargemacht, dass ihnen bei politischem Fehlverhalten von nun an die Zwangsumsiedlung drohte.

Auf westlicher Seite formierte sich das Grenzland hingegen nicht als vorgebliche Sicherheitszone, sondern als Subventionsfläche. Während die Deutschen im DDR-Grenzland entweder Haus und Hof verloren oder fortan unter engmaschiger Überwachung leben mussten, waren die Bewohner auf westlicher Seite besorgt, den Anschluss an das »Wirtschaftswunder« zu verpassen. Um auf die negativen Auswirkungen der Demarkationslinie aufmerksam zu machen und Bundeshilfe zu mobilisieren, richteten Gemeinden, Handelskammern und Landesvertreter zwischen 1950 und 1952 eine Fülle von Denkschriften an Bonner Regierungsstellen.

Im Zuge dieser Interessenpolitik formierte sich eine lockere Koalition von Grenzlandfürsprechern, die ihr Vorgehen zunehmend koordinierten. Sie wiesen dabei nicht nur auf die wirtschaftliche Not ihrer Landstriche hin – ein Argument, das jede Region in der unmittelbaren Nachkriegszeit hätte anbringen können –, sondern hoben ihr Alleinstellungsmerkmal hervor: die Grenze zum ideologischen Gegner des Kalten Krieges. Auch andere Regionen mochten wirtschaftliche Probleme haben, jene entlang der Grenze

aber seien unverschuldet und gingen auf kommunistische Aggression zurück. Der Antikommunismus der frühen Bundesrepublik bot dabei eine geeignete Rhetorik und auch Bildsprache, um den Anliegen der Grenzregionen Gehör zu verschaffen.

Das Ziel der Grenzlandfürsprecher war es, eine gleichmäßige Förderung der Grenzregionen ohne individuelle Bedarfsprüfung zu erreichen. In einem gezielten Schritt fassten sie deshalb ihre wirtschaftlich heterogenen Landkreise und Städte unter dem Begriff »Zonenrandgebiet« zusammen, um die Regionen entlang der Demarkationslinie als räumliche Einheit im Bewusstsein der Westdeutschen zu verankern. Dieser Grenzraum war auf eine Tiefe von 40 Kilometern bemessen und umfasste auch die schleswig-holsteinische Ostseeküste und die an der tschechoslowakischen Grenze gelegenen bayerischen Landkreise. Damit machte das Zonenrandgebiet fast ein Fünftel des westdeutschen Territoriums aus. Aufmerksamen Beobachtern fiel auch Anfang der 1950er Jahre schon auf, dass durch diese großzügige Abmessung »auch Gebiete miteinbezogen [wurden], die nicht so notleidend« waren.

Gemeinsam mit der Berlinförderung entwickelte sich die Zonenrandförderung fortan zum langlebigsten regionalen Förderprogramm der alten Bundesrepublik. Die Unterstützung ging bald weit über eine reine Wirtschaftsförderung hinaus: Auch Bildung und Kultur, die Verkehrsinfrastruktur sowie Wohnungsbau und soziale Einrichtungen kamen in den Genuss des Programms. In den 1970er und 1980er Jahren machte die Zonenrandförderung allerdings eher mit Fehlanreizen von sich reden und verlor außerhalb der Grenzregionen an Akzeptanz. Kleine Gemeinden finanzierten sich eine aufgeblähte Infrastruktur, und Privatinvestoren nutzten die Investitionszulagen zum Immobilienbau, ohne dabei Arbeitsplätze zu schaffen. Anrainer wie die Hansestadt Hamburg litten unter der Abwerbung von Firmen ins geförderte östliche Umland, und die Europäische Kommission in Brüssel kritisierte das undurchsichtige Gießkannenprinzip, hinter dem sie wettbewerbsverzerrende Subventionen vermutete. Inwiefern die Zonenrandförderung tatsächlich noch darauf ausgerichtet war, Nachteile der Grenzlage auszugleichen, war nicht mehr erkennbar.

Der Zonenrand litt ohnehin unter Imageproblemen. Da die Grenzlandfürsprecher immer wieder betonten, dass ihre Städte und Kreise aufgrund der Grenzlage strukturschwach und unterentwickelt blieben, nahm es wenig wunder, dass die Grenzregionen auch genauso wahrgenommen wurden – als »Armenhaus der Bundesrepublik«. Versuche der 1970er Jahre, dieses Image aufzumöbeln und auch von dem Begriff »Zonenrandgebiet« abzurücken, scheiterten an regionalen Beharrungskräften. Die Grenzlandfürsprecher konnten nur davon profitieren, parteiübergreifend übrigens, wenn ihre Regionen weiterhin als bedürftig wahrgenommen wurden. Der Ausdruck »Zonenrandgebiet« war dafür unerlässlich: Er erinnerte daran, wie diese Grenzregionen entstanden und warum sie in eine Abseitslage

geraten waren.

Um die Wirtschaft im Zonenrandgebiet anzukurbeln, setzten Landespolitiker gern auf Tourismus. Seit den frühen 1950er Jahren war es die Grenze selbst, die Schaulustige anlockte. Diese kamen freilich oft nur zum Sonntagsausflug, schauten »nach drüben« und gaben höchstens Geld für Kaffee und Kuchen aus. Für einen Ferientourismus brauchte es in den ländlichen Regionen des Zonenrandgebiets eine neue Infrastruktur, für die sich in Hessen gar ein »Staatskommissar für die Förderung der (…) Zonenrandkreise« ins Zeug legte. Doch als die hessischen Grenzregionen endlich so weit waren, größere Zahlen von Touristen aufzunehmen, verlagerte sich die Reisewelle der Nachkriegsjahre ins Ausland. Zahlungskräftige Westdeutsche wählten für die kostbarsten Wochen des Jahres nicht mehr das Freibad in Eschwege, sondern den Strand von Rimini.

Der Freizeittourismus im Grenzland erlebte in den 1980er Jahren einen bescheidenen Aufschwung. Plötzlich erwies es sich als Vorteil, dass die beschleunigte Modernisierung der Nachkriegsjahre über weite Strecken am Zonenrand vorbeigegangen war. Im Sommer 1985 radelte ein Radwanderer von Lübeck bis nach Hof und berichtete, er habe »die Bundesrepublik nie schöner, entlegener, verschlafener und natürlicher« erlebt als hier. Entlegen und verschlafen – in den 1950er und 1960er Jahren waren dies noch die Attribute wirtschaftlicher Rückständigkeit gewesen. Jetzt versprachen intakte dörfliche Strukturen, althergebrachtes Handwerk und »unverfälschte« Landschaften einen Abstecher dorthin, »wo die Welt noch in Ordnung ist.« Ein Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung entdeckte in dieser neuen Wahrnehmung des Zonenrandgebiets sogar eine Dialektik. Die abgelegenen Grenzregionen, so schrieb er, profitierten von der »Umweltzerstörung in den Ballungsgebieten und in den schon allzu sehr erschlossenen Urlaubsregionen.« Anders gesagt: Je stärker das Verlustgefühl, desto grüner das Grenzgebiet.

In den frühen 1980er Jahren, als die deutsche Teilung noch als permanenter Zustand angenommen wurde, waren auch Grenzlandfürsprecher der Meinung, dass es nur einen annehmbaren Grund gäbe, das Förderprogramm jemals einzustellen, nämlich »wenn die eigentliche Ursache für die politisch bedingte Sonderstellung des Zonengrenzlandes, (…) die Teilung Deutschlands, wegfallen würde.« Genau dieser Fall trat 1989/90 ein. Während die Städte im Zonenrandgebiet unter dem Besucheransturm aus der DDR ächzten, fielen auf östlicher Seite die Zugangskontrollen für das Sperrgebiet und den Schutzstreifen. Die Grenze war offen, die Wiedervereinigung nur noch eine Frage der Zeit.

Mit den Kosten der Vereinigung konfrontiert, rechnete die Regierung von Helmut Kohl mit Haushaltsentlastungen durch den Wegfall »teilungsbedingter Lasten,« von der Transitpauschale bis zum Häftlingsfreikauf und eben auch der Zonenrandförderung. An prominenter Stelle in seiner Regierungserklärung von Januar 1991 bekräftigte Kohl, dass

»staatliche Hilfen, die ihre ursprüngliche Berechtigung verloren haben und die für viele in der alten Bundesrepublik zur Gewohnheit geworden sind, nicht auf Dauer fortgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Zonenrandförderung.«

Obwohl der Abbau der Grenzlandförderung angesichts der grundstürzenden Ereignisse naheliegend war, trafen die Pläne auf ein ausgeprägtes Besitzstandsdenken. Die Nutznießer der Förderung positionierten sich umgehend gegen den Abbau ihrer Privilegien. Angesichts der Kritik an der Zonenrandförderung in den vorangegangenen Jahren war mit politischer Unterstützung jedoch nicht zu rechnen. Bis 1994 wurde die Zonenrandförderung stufenweise abgebaut.

Besonders der Wegfall der »nichtwirtschaftlichen Zonenrandförderung« traf Gemeinden hart: Schwimmbäder, Sportplätze, Musikschulen, Denkmalpflege – für die Einwohner der westlichen Grenzregionen war die Finanzierung von kulturellen und sozialen Projekten oft der sichtbarste Ausdruck der staatlichen Förderung gewesen. Im Bundestag und in den Landtagen der Grenzländer häuften sich Anfang der 1990er Jahre deshalb die Forderungen nach Ersatzfinanzierung gerade im kulturellen Bereich. Tatsächlich war das Ende der Zonenrandförderung aber nicht nur ein Wegfall, sondern auch ein Transfer. Sowohl im übertragenen als auch im konkreten Sinne ging die Grenzlandförderung in den »Aufbau Ost« über. Nicht nur die eingesparten Mittel, sondern auch die Instrumente der Investitionsförderung wanderten über die ehemalige Demarkationslinie in die neuen Länder.

Vom Zonenrandgebiet ist nicht viel geblieben. Identitätsformend wirkte sich die unmittelbare Grenznähe aus, weniger das Leben in einem Fördergebiet. In Wim Wenders Road-Movie »Im Laufe der Zeit« von 1976 kann man das Zonenrandgebiet noch einmal erleben – abgeschieden, verschlafen, eigensinnig.

Dieser Text ist zuerst erschienen in Politik & Kultur 3/2026

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat